

Abänderungsantrag

**der Abgeordneten Franz Leonhard Eßl, Erwin Preiner
Kolleginnen und Kollegen**

**zum Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage
(680 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Marktordnungsgesetz 2007 – MOG 2007 geändert
wird (765 d.B.)**

Der Nationalrat wolle in zweiter Lesung beschließen:

Die im Titel bezeichnete Regierungsvorlage wird wie folgt geändert:

In Z 2 (§ 19 Abs. 7b) entfällt die Wortfolge „die AMA oder“.

Begründung

Gemäß § 19 Abs. 7b kann das Bundesverwaltungsgericht andere Behörden mit notwendigen Sachverhaltserhebungen oder -ergänzungen beauftragen. Durch – nach dem Vorbild der BAO vorzunehmende – bloße Nennung der vom Gericht „zu bestimmenden sachlich in Betracht kommenden Behörde“ mittels Streichung der Wortfolge „die AMA oder“ soll ein allfälliger Eindruck vermieden werden, dass die AMA neben ihrer Funktion als Verfahrenspartei auch primär über den maßgeblichen Sachverhalt bestimmt. Eine Entscheidung, ob und welche Stelle beauftragt wird, ist dem für das Verfahren zuständigen Gericht vorbehalten. Ebenso erfolgt die Feststellung des maßgeblichen Sachverhalts, die Wahrung der Parteienrechte, die rechtliche Beurteilung und Entscheidung darüber ungeachtet einer Einbindung einer anderen Stelle in bestimmte Verfahrensschritte ausschließlich durch das Gericht.

